WISSENSCHAFT & SICHERHEIT *online*

Texte des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen
Nr. 06/2006 – 01. November 2006

Entscheidung im Kongo – Von der Diktatur zur Demokratie?

Katrin Kubica und Richard Göbelt

Die Debatte über einen EU-Militäreinsatz und den Ausgang der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo)[i] lenkte endlich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Epizentrum eines seit zwei Jahrzehnten andauernden gewaltsamen Konflikts in Zentralafrika. Zu der Entscheidung für einen Einsatz der EU-Truppe in der DR Kongo nach der Anfrage durch die Vereinten Nationen im Dezember 2005 gab es keine Alternative.

Der Verzicht auf die EU-Truppe wäre lediglich die vergebliche Hoffnung auf eine positive Entwicklung des politischen Prozesses in der DR Kongo gewesen. Die gegenwärtigen Überlegungen der finnischen EU-Ratspräsidentschaft zur Verlängerung des Engagements in der DR Kongo zeigen jedoch, dass sowohl Mandat als auch Zielsetzung des EU-Einsatzes unzureichend sind. Der Einsatz von EUFOR RD Congo darf nicht nur einen symbolischen Akt markieren, sondern sollte dazu beitragen, intensiver über die Rolle der EU bei der Krisenbewältigung auf dem „vergessenen Kontinent“ nachzudenken.[ii] Denn nach Jahren der Besatzung und nach Jahrzehnten von Instabilität und Völkerrechtsverletzungen ist die DR Kongo heute nach Abschluss des Transitionsprozesses in einem fragilen Zustand. Ohne das Engagement der internationalen Gemeinschaft droht der erst im Jahr 2003 aufgenommene Prozess der Friedenskonsolidierung und Demokratisierung zu scheitern und die gesamte Region der Großen Seen erneut zu destabilisieren.

Der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) ist der Dachverband sicherheitspolitischer Hochschulgruppen an deutschen Universitäten. Der BSH setzt sich aus sicherheitspolitisch interessierten Studierenden, Doktoranden und Lehrkräften aller Fachrichtungen zusammen. Die Mitgliedschaft im BSH steht allen sicherheitspolitisch interessierten Personen mit akademischem oder praktischem Hintergrund offen, welche die Grundsätze und Ziele des BSR teilen.

Grundsätze des BSH
Der BSH steht ein für die Verteidigung der Werteordnung des Grundgesetzes. In unserer sicherheitspolitischen Arbeit bildet die Auseinandersetzung mit Bedrohungen dieser Werteordnung einen Schwerpunkt. Zudem ist uns die Aufrechterhaltung der akademischen Freiheit ein besonderes Anliegen. Die Schaffung von Erkenntnis im Wettbewerb der Ideen setzt voraus, daß alle Stimmen gehört werden.

Die Arbeit des BSH
Die Arbeit des BSH richtet sich an alle Studierenden und erfolgt überparteilich und überkonfessionell.
Die Aktivitäten des BSH umfassen:

- Sicherheitspolitische Bildungsarbeit an Hochschulen
- Akademische Nachwuchsförderung im sicherheitspolitischen Bereich
- Wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragestellungen
- Weiterbildung- und Qualifikation der Mitglieder im Bereich politische Bildung und Sicherheitspolitik

Impressum
Wissenschaft & Sicherheit wird herausgegeben durch die AG Wissenschaft & Sicherheit des BSH und erscheint in unregelmäßigen Abständen. Kontakt und kostenloses elektronisches Abonnement unter gs@sicherheitspolitik.de.
Kontakt:
Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
- Geschäftsstelle -
Provinzialstr. 91
53127 Bonn

Tel.: 0228/2590 914
Fax: 0228/2590 950

Im Internet: www.sicherheitspolitik.de

ISSN: 1613-5245 (elektronische Ausgabe)

Verantwortlich für diese Ausgabe: Katrin Kubica und Richard Göbelt

Katrin Kubica: Studentin (Politikwissenschaft, Universität Potsdam) und studentische Mitarbeiterin bei Jörn Thießen, MdB

Richard Göbelt: Student (Völkerrecht und Geschichte, Freie Universität Berlin) und studentischer Mitarbeiter bei Stephan Hilsberg, MdB

Die Entwicklung der Demokratischen Republik Kongo steht heute in der Geschichte der postkolonialen Staaten im subsaharischen Afrika als ein Exempel für einen „gescheiterten Staat“ und für eine militärische Konfrontation infolge einer diffusen ethno-politischen Gemengelage.

Nachdem das Königreich Belgien seine Kolonie Belgisch-Kongo [iii] am 30. Juni 1960 ohne hierfür notwendige Vorarbeiten völlig überhastet in die Unabhängigkeit entließ, entzweite sich das Land in einen fünf Jahre andauernden blutigen Bürgerkrieg. Die junge Republik stürzte binnen weniger Tage in ein politisches Chaos in dem demokratische Legitimation und Staatlichkeit keine Bedeutung mehr besaßen. In dieses politische Machtvakuum stieß der damalige Chef des Generalstabs der kongolesischen Armee, Jospeh-Désiré Mobutu (1930-1997). Auf Betreiben der USA und deren Geheimdienst CIA, zu dem Mobutu enge Kontakte pflegte, putschte sich der Oberst am 24. November 1965 an die Macht, um danach als ein Produkt des Kalten Krieges über dreißig Jahre (1965-1997) mit einer Politik der Einschüchterung und der staatlichen Korruption das Schicksal des Landes zu bestimmen. [iv] Mobutu hat dabei den Staat nicht einfach zugrunde gerichtet wie andere Despoten, die in die eigene Tasche wirtschafteten. Der Staat hat sich unter seiner Herrschaft aufgelöst – eines der potenziell reichsten Länder Afrikas fiel buchstäblich in sich zusammen. Am Ende der Herrschaft Mobutus stand der Kongo noch weniger entwickelt da als zu Beginn seiner 32 Jahre andauernden Diktatur. Lag das Brutto-inlandsprodukt pro Kopf 1962 noch bei 1.140 USD, sank es bis 1997 auf nur noch 130 USD pro Kopf.[v]

Die Instrumentalisierung ethnischer Konflikte diente seit Anbeginn der Mobutu-Diktatur zur Konservierung seiner kleptokratischen[vi] Herrschaft. Doch der kontinuierliche Prozess der Auflösung staatlicher Strukturen in Zaïre ließ sich auch nicht mehr durch die Forcierung ethnischer Konflikte im Ostkongo durch Mobutu aufhalten. [vii] In engem Zusammenhang mit der Auflösung Zaïres standen vor allem die politischen Umwälzungen im benachbarten Ruanda. 1994 flohen mehr als 1,4 Millionen ruandische Hutu[viii]-Zivilisten in die Region Kivu im Osten Zaïres, darunter auch viele Mitglieder der für den ruandischen Völkermord verant-wortlichen Interahamwe[ix] Milizen. Die Regierungen der Nachbarländer Uganda, Ruanda und Burundi befürchteten, dass sich diese Milizen in Zaïre neu formieren und ihren Kampf von dort aus gegen die Tutsi fortsetzen könnten. In der Tat unterstützte die radikal-islamische Regierung im Sudan die Hutu-Milizen im Osten Zaïres militärisch und finanziell.[x] Als kongolesische Regierungstruppen anfingen, den zum Tutsivolk gehörenden Stamm der Banyamulenge[xi] zu vertreiben, entwickelte sich im Herbst 1996 mit der Gründung der zaïrischen Rebellenorganisation AFDL („Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo“) unter Führung von Laurent-Désiré Kabila (1939-2001) in Ostzaïre ein von Uganda und Ruanda geförderter panafrikanischer Krieg[xii]. Dieser Krieg führte im Mai 1997 zum Sturz Mobutu Sese-Sekos und seines politischen Systems. Zaïre fristete am Ende Mobutus Herrschaft sein Dasein nur noch als eine „abstrakte Form“, nicht mehr als einen greifbaren Staat. Die innenpolitischen Zerfallserscheinungen und die ethno-politische Auseinandersetzung im Osten des Landes galten demnach als die wesentlichen Ursachen dafür, dass der Kongo in den vergangenen zehn Jahren von zwei grausamen Kriegen (1996/1997 und 1998 bis 2003) heimgesucht wurde.[xiii]

Am 29. Mai 1997 übernahm Kabila offiziell als Staatspräsident die Führung des nun wieder in „Demokratische Republik Kongo“ umbenannten Landes. Doch das Ende des ersten Krieges im

Kongo markierte nicht den Beginn einer neuen politischen Ära in der DR Kongo. Die Herrschaft Kabilas brachte nicht die erhoffte Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses vom Anfang der 1990er Jahre, vielmehr steht die Herrschaft Kabilas heute für das Scheitern, eine 30 Jahre andauernde Diktatur zu überwinden. Entgegen seiner Versprechungen ließ er keine parteipolitische Betätigung zu, Kritiker wurden verhaftet. Der wirtschaftliche Niedergang des Kongos setzte sich fort. [xiv] Innerhalb weniger Monate zerbrach die Hoffnung auf einen kongolesischen „Frühling" in Zentralafrika. Die Besetzung des Kongos durch ausländische Truppen zementierte sich, wodurch zunehmend der Unmut der Bevölkerung gegen Kabila hervorgerufen wurde. Auch international geriet Kabila verstärkt unter Druck. Den sicherheitspolitischen Forderungen seiner Verbündeten, die Hutu-Milizen im Osten zu entwaffnen, kam er nicht nach. Letztlich sah sich Kabila gezwungen seine einstigen Unterstützer im Kampf gegen Mobutu des Landes zu verweisen.[xv] Wenige Monate später brach unter den gleichen Vorzeichen wie 1996 im Osten des Landes der zweite Kongo-Krieg aus. Gleich zu Beginn der Auseinandersetzungen überwarf sich Kabila mit Ruanda, indem er öffentlich zu Pogromen gegen die Tutsi-Bevölkerung im Kongo aufrief. Im Ost-Kongo meuterten währenddessen im August 1998 weite Teile der dort stationierten kongolesischen Armee und gründeten die Rebellengruppe „Rassemblement Congolais pour la Démocratie" (RCD). Die Entstehung der Rebellenorganisation RCD nutzten die angrenzenden Staaten Burundi, Uganda und Ruanda um erneut nach 1996 in den Kongo einzumarschieren, diesmal mit dem Ziel der Entmachtung von Kabila. Kurz nach Kriegsbeginn gründete sich im Norden des Landes unter Führung des jetzigen Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Bemba eine weitere Rebellenorganisation, die „Mouvement pour la Libération du Congo" (MLC). Mit Unterstützung Ugandas rückte diese Bewegung ebenfalls gegen Kabila in Richtung Kinshasa vor. Ohne die Beteiligung der Armeen von Angola, Zimbabwe und Namibia auf Seiten Kabilas, der ohne eine eigene Armee dastand, wäre er in wenigen Tagen entmachtet worden.[xvi]

In den folgenden fünf Jahren (1998-2003) wurde die Demokratische Republik Kongo zum Schauplatz des tödlichsten Krieges seit dem Zweiten Weltkrieg. Rund drei Millionen Menschen starben infolge der blutigen Kämpfe und deren Konsequenzen Vertreibung, Hunger und Krankheiten. Gerade diese Kombination aus Vertreibung, Ernährungsmangel und fehlender ärztlicher Versorgung erzeugte eine Abwärtsspirale, die vor allem für die Kinder viel zu oft im Tod endete.[xvii] Die Kämpfe im Kongo lösten die größte bis heute andauernde humanitäre Katastrophe der Gegenwart abseits der Aufmerksamkeit der damaligen öffentlichen Berichterstattung aus.[xviii] Erst im Jahr 2000 sprach die damals amtierende US-amerikanische Außenministerin Madeleine Albright, angesichts des verheerenden Ausmaßes an Brutalität und der Vielzahl an Kriegsschauplätzen, die auf einem Gebiet der Größe West- und Zentraleuropas verstreut lagen, vom „Ersten Afrikanischen Weltkrieg"[xix]. Obwohl letztlich über zwei Drittel des Landes von den Rebellenorganisationen besetzt wurden, gelang ihnen kein entscheidender Durchbruch. Es folgte eine militärische Pattsituation, die im Juli 1999 durch eine Initiative von Thabo Mbeki [xx] in das Friedensabkommen von Lusaka mündete. Trotz der Stationierung von UN-Blauhelmsoldaten zur Sicherstellung des Friedensabkommens im Rahmen von MONUC („Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo")[xxi], setzte insbesondere Kabila, in der Hoffnung auf einen militärischen Sieg, auf Verlängerung und Verschärfung des blutigen Konfliktes. Erst mit dem Ende der militärischen und

finanziellen Unterstützung der Geberländer Angola, Simbabwe und Namibia und der Ermordung Laurent-Désiré Kabilas im Januar 2001 erhielt der Friedensprozess durch massiven Druck externer Vermittler (Belgien, USA, Südafrika, Vereinte Nationen) unter dem neuen kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila (geb. 1971) Schwung. Internationaler Druck zwang im Herbst 2002 ebenfalls die Armeen der Nachbarländer sich aus dem Kongo zurückzuziehen. Um langfristig die territoriale Integrität des Kongos zu gewährleisten und der weiteren drohenden Balkanisierung[xxii] des Landes entgegenzuwirken, unterzeichneten in der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria im Dezember 2002 die Konfliktparteien den „Accord Global et Inclusif sur la Transition en République Démocratique du Congo“ (Rahmenabkommen für den Wiederaufbau des Landes). Mit der Verabschiedung dieses Abkommens einigten sich die Konfliktparteien auf die Bildung einer Allparteienregierung für eine Übergangsphase von zwei bis drei Jahren, an dessen Ende die ersten demokratischen Wahlen im Kongo seit dem Jahr seiner Unabhängigkeit 1960 stattfinden sollten. Die Allparteienregierung trat im Juli 2003 zusammen, der Krieg war damit nun zumindest offiziell beendet.[xxiii]

Im gleichen Jahr hat die EU erstmals autonom mit der UN-mandatierten Operation ARTEMIS (Resolution 1484) zur Durchsetzung von Menschenrechten und zur Sicherung von Stabilität und Frieden in der Demokratischen Republik Kongo beigetragen.

Die Afrika-Strategie der Europäischen Union

Diese Mission, die den Beginn des militärischen Engagements der EU im Kongo markierte, stand damals bereits im Kontext der gemeinsamen Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Dabei waren damals und sind heute immer noch Interessen die eine Determinante außenpolitischen Handelns. Für demokratische Staaten und Staatenbündnisse nicht weniger wichtig sind die Werte, zu denen man sich gegenüber seinen Bürgern verpflichtet hat. Doch wer nach innen bestimmte Werte vertritt, verliert rasch seine Glaubwürdigkeit, wenn ihnen nach außen nur wenig Bedeutung zugemessen wird.[xxiv] Und so sollten sowohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im besten Fall werte- und interessengeleitet sein. Die Ziele, Interessen und Herausforderungen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wurden 1992 in Maastricht im EU-Vertrag festgeschrieben und wurden zudem 2003 in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) präzisiert. Danach werden unter anderem regionale Krisen und Konflikte und das Phänomen der *failing* und *failed states*[xxv] als Hauptbedrohungen benannt. Die Demokratische Republik Kongo fällt, wie bisher gezeigt, unter das Phänomen eines „gescheiterten Staates“. Auf Grundlage dieser Überlegungen wurde im Dezember 2005 vom Europäischen Rat eine Afrika-Strategie verabschiedet, die Elemente wie Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, „gute Regierungsführung“ und nachhaltige Entwicklung, regionale Integration und Handel anspricht. Die Afrika-Politik der Europäischen Union ist demzufolge zunehmend Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in einem, wie das Engagement der Europäischen Union in den letzten Jahren im Fall der Großen Seen Region beweist.

Seit Ende 2005 rückte plötzlich verstärkt ein afrikanischer Staat in das europäische Blickfeld - das „Herz der Finsternis“[xxvi], die Demokratische Republik Kongo. Mit über 60 Millionen Einwohnern, von denen fast 65 Prozent Analphabeten sind und mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von lediglich gegenwärtig 100 USD gehört die DR Kongo zu den ärmsten Ländern der Welt. Doch die

arme kongolesische Bevölkerung lebt gleichzeitig in einem der rohstoffreichsten Länder der Erde. Mehr als die Hälfte aller Reserven des in Mobiltelefonen verwendeten Coltan, große Diamanten-, Kupfer,- Gold-, Kobalt- und Zinkvorkommen befinden sich hier. Zudem hat das Land die größten Tropenholzbestände der Welt. Armer reicher Kongo. Der armen Bevölkerung stehen die gierige Übergangsverwaltung Joseph Kabilas, die eifrig plündernden Nachbarländer Ruanda und Uganda sowie Staaten wie China, Russland und internationale Konzerne gegenüber; von in der Vergangenheit stattgefundenen Ausplünderung ganz zu schweigen. Heute hält sich Kabila vor allem an den Diamantenvorkommen schadlos, während Uganda die gold- und waldreiche Ituri-Provinz ausbeutet und sich die Ruander auf die Coltan-Reserven in der Kivu-Provinz stürzen.[xxvii]

Dem Kongo-Fluss, einer der wasserreichsten Flüsse Afrikas mit einer Länge von 4000 km, kommt neben den gigantischen Rohstoffvorkommen ebenfalls zentrale Bedeutung zu. Vorausgesetzt, politische und technische Hindernisse wären überwunden, könnte der dort befindliche Staudamm den Energiebedarf von ganz Zentralafrika decken. Das hydroelektrische Potenzial des Staudamms für den Kongo und sämtliche angrenzende Nachbarstaaten steht als Synonym für den Kongo und dessen Bedeutung für den zentralafrikanischen Raum.[xxviii] Eine baldige Stabilität des gesamten Landes ist nicht nur für die DR Kongo selbst von Vorteil, sondern auch für das gesamte Gebiet der Großen Seen. Im Umkehrschluss würde das Scheitern des Friedensprozesses fatale Auswirkungen auf die Region haben.

Chronologie der Ereignisse

Nach dem Friedensschluss von 2002 befindet sich die DR Kongo in einer Phase der Konsolidierung an dessen Ende die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 30. Juli 2006 standen. Am 29. Oktober wird voraussichtlich die Stichwahl zwischen den Präsidentschaftsbewerbern stattfinden. Zur Absicherung der ersten freien demokratischen Wahlen im Kongo seit über 40 Jahren richteten die Vereinten Nationen am 27. Dezember 2005 eine Anfrage an die Europäische Union hinsichtlich einer vorübergehenden militärischen Präsenz. Zwar wurde mit MONUC im Nordosten und Osten des Landes 1999 die bisher größte UN-Blauhelmmission implementiert. Doch ist zur Absicherung der Wahlen eine Verstärkung der Truppen nötig. Schließlich votierte der Deutsche Bundestag am 1. Juni für eine Beteiligung der Bundeswehr bei der multinationalen EUFOR-Truppe.

Die Resolution 1671 (2006) des UN-Sicherheitsrates autorisierte die Europäische Union MONUC während des Wahlprozesses zu unterstützen. Das Mandat von EUFOR RD Congo ist auf vier Monate ab dem ersten Wahltag datiert, plus einer Vor- und Nachlaufzeit, und mit der Option auf Verlängerung ausgestattet. Laut Mandat bestehen die Hauptaufgaben von EUFOR darin, die MONUC-Truppe zu unterstützen, potenzielle politische Aggressoren abzuschrecken, den Schutz von Zivilisten im Einsatzgebiet zu gewährleisten, den Flughafen in Kinshasa zu sichern und eventuell Evakuierungsmaßnahmen begrenzten Umfangs vorzunehmen.

Der Einsatz von EUFOR RD Congo

Während des Entscheidungsprozesses zur Implementierung der UN-Resolution drängte sich zunehmend der Verdacht auf, dass die eigentliche Entscheidung wahrscheinlich schon bei einem Treffen zwischen dem französischen Präsidenten Jacques Chirac und der Bundeskanzlerin Angela Merkel am grünen Tisch im Januar 2006 nach dem EU-Finanzgipfel getroffen wurde.[xxix]

Im Vorfeld der Abstimmung im Deutschen Bundestag wurden daher auch kaum noch das Warum bzw. die Ziele und Interessen eines möglichen Einsatzes diskutiert. Das Aufeinanderfolgen der Ereignisse, Beratungs- und Entscheidungsprozesse schien einem Automatismus nahe.

Der grundlegenden Frage aber, ob bei der Entscheidung für einen europäischen Einsatz im Kongo nationale oder europäische Interessen im Vordergrund standen, wurde kaum nachgegangen. Wie definieren sich überhaupt nationale und europäische Interessen? In der Europäischen Sicherheitsstrategie, die eine Antwort darauf geben müsste, sind europäische Interessen nur unzulänglich formuliert. Und auch was Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die Mitgliedsstaaten der EU im 21. Jahrhundert bedeutet ist nicht geklärt. Für Deutschland liegt diese irgendwo zwischen Landesverteidigung und der Verteidigung der Interessen der Bundesrepublik am Hindukush. Eine klare Formulierung dessen, was deutsche Interessen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeuten, ist bis heute nicht erfolgt. Diesem Manko sind ebenfalls die außen- und sicherheitspolitischen Experten der parlamentarischen Gremien ausgeliefert. Eine prinzipielle Debatte ist notwendig, bei der auch zukünftig wieder eindeutige Initiativen von den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages ergriffen werden müssen. Fragen, wohin wir unsere Soldaten schicken und warum und welches Risiko wir dabei in Kauf nehmen wollen, müssen dringend beantwortet werden.[xxx] Es ist anzunehmen, dass sich gerade auch deshalb der deutsche Verteidigungsminister Jung bei der Entscheidung über die Beteiligung deutscher Soldaten an der EU-Mission im Kongo eher kritisch äußerte. Beim Aushandeln der Modalitäten für einen Kongo-Einsatz kam es daher auch zu erheblichen Friktionen zwischen Jung und Javier Solana, dem Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.[xxxi] Der Disput zwischen Jung und Solana zeigt die Unentschlossenheit der Mitgliedsstaaten nationale Interessen *de facto* als gemeinsame europäische Interessen zu sehen sowie das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Vision.[xxxii]

Deshalb blieb auch letztlich die Frage ungeklärt, welche Interessen der Einsatz von EUFOR RD Congo konkret verfolgt. Wird tatsächlich ein humanitärer Ansatz verfolgt? EUFOR ist lediglich vier Monate im Kongo, vornehmlich in der Hauptstadt stationiert und soll gegebenenfalls MONUC unterstützen, Zivilisten schützen und Blauhelme evakuieren. Und nach der Wahl? Überlässt man die Kongolesen wieder sich selbst, ihrem Schicksal und einer stark überforderten MONUC-Truppe. Der EUFOR-Einsatz als symbolischer Akt? Vielleicht. Die EU zeigt Flagge in Afrika, man ist bereit sich zu engagieren. Der lange vergessene Kontinent ist zunehmend auch auf der europäischen Agenda zu finden. Möglicherweise will die EU auch mit dem Kongo-Einsatz ihre Interventionsfähigkeit unter Beweis stellen, denn die neuen *battle groups* [xxxiii] haben laut Strategiepapieren Afrika als Haupteinsatzgebiet.[xxxiv] Damit kommt die EU ihrem erklärten Ziel, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zu einem globalen Akteur zu werden, einen weiteren Schritt näher. Diese Vermutung wird auch von prominenter Seite geäußert. So will die EU laut Klaus Naumann [xxxv] zeigen, *„dass Europas Sicherheitspolitik beginnt handlungsfähig zu werden, denn dies ist der einzig entscheidende Grund für diesen Einsatz“*[xxxvi]. Führende Regierungsvertreter beider Volksparteien meinen, Deutschland habe ein sicherheitspolitisches Interesse an der Stabilisierung Kongos und die Probleme müssten vor Ort angegangen werden, ehe sie zu uns kommen. Ein sicherheitspolitisches Interesse klingt plausibel. Eine Destabilisierung der DR Kongo und des Gebietes

der Großen Seen muss vermieden werden, um das erneute Auftreten von Flüchtlingsströmen zu verhindern.

Der Wahlprozess

Doch werden die stattgefundenen Wahlen wirklich zu einer Stabilisierung des Kongos beitragen, oder wird nicht eher das Gegenteil der Fall sein? Fraglich ist auch, inwieweit demokratische Wahlen unterstützenswert sind, die lediglich den jetzigen Regierungsvertretern, die vorrangig eigene Interessen vertreten, zu demokratisch legitimierter Macht verhelfen.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Wahlen ein entscheidender, funktionierender Schritt hin zu einem stabileren und friedlicheren Kongo sind und einen hohen symbolischen Wert für die kongolesische Bevölkerung inne haben, dann stellt sich doch erst recht die Frage, weshalb das Mandat der EU dann endet – Ende November- , wenn die Ergebnisse der Stichwahl gerade erst vorliegen werden? Und auch die Inauguration des neuen Präsidenten soll nach dem jetzigen Zeitplan erst am 10. Dezember erfolgen. Inwiefern kann hier von einer verantwortlichen Politik gegenüber der DR Kongo gesprochen werden, wenn bei dem auf vier Monate beschränkten Einsatz zwar *de jure* eine Verlängerung möglich, dies aber *de facto* angesichts der eindeutigen Verlautbarungen der politischen Öffentlichkeit, insbesondere des deutschen Verteidigungsministers, nahezu unmöglich ist?

Werden die Wahlen im Kongo überhaupt demokratischen Standards gerecht, wenn die mutmaßlich größte Partei, die UDPS (Union pour la démocratie et le progrès social) von Etienne Tshisekedi nicht teilnimmt? Die UDPS geht davon aus, dass der Gewinner der Präsidentschaftswahlen in Person von Joseph Kabila schon feststeht und dieser in ihren Augen zudem von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird. Dabei wäre die UDPS die einzige Partei gewesen, die über ein politisches Programm verfügt, das die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit vorsieht.[xxxvii] Die UDPS ist nicht nur die größte Partei des Landes, sie repräsentiert auch noch den gewaltfreien Widerstand Tshisekedis in den 90er Jahren gegen den langjährigen Diktator Mobutu. Auch ist zu bedenken, dass Tshisekedis Partei die einzige politische Kraft im Kongo ist, die Kabila hätte gefährlich werden können. Vielerorts stellt man sich im Kongo die Frage, ob eine nicht perfekte Abstimmung nicht besser ist, als gar keine Wahl. Denn klar ist, dass eine Demokratie nur schrittweise erreicht werden kann, und Wahlen nur ein Teil des Ganzen sind. Doch fraglich bleibt, inwiefern der Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozess und die Befriedung des Kongo von Erfolg gekrönt sein werden, denn die von Anfang an mangelhaft erscheinende Umsetzung, ist sicher kein gutes Signal für den gesamten Friedensprozess. Auch ist nach über 40 Jahren die Organisation von Wahlen in einem Land, in dem es lediglich 500 km asphaltierte Straßen gibt, mehr als eine logistische Herausforderung. Es ist die teuerste und komplizierteste Abstimmung, die die internationale Gemeinschaft je zu organisieren hatte. Um die Urnen und Wahlzettel in über 50.000 Wahllokale zu befördern, mussten Flugzeuge und Helikopter gechartert werden. Der Rest wurde per Schiff oder gar zu Fuß befördert. Und auch im Wahlkampf zeigten sich massive Unterschiede - die einen Kandidaten konnten mit riesigen Plakaten, eigenen Radiosendern, Geschenken in Form von T-Shirts und Fahrrädern für sich werben- die anderen wurden in diesem Wahlzirkus vielfach nicht mal wahrgenommen. Gerechte Chancenverteilung sieht anders aus. Die Kongolesen wussten um die Missstände - und gingen trotzdem an die Urne.[xxxviii] Zumindest dieses Rechts wollten sie sich nicht berauben lassen. 33 Präsidentschaftskandidaten

und 9707 Bewerber für 500 Parlamentssitze markieren die Unüberschaubarkeit der Wahlen. Riesige Stimmzettel, auf denen alle Bewerber zusätzlich mit Fotos dargestellt waren, forderte von den Kongolesen, wovon die Mehrheit zum ersten Mal an einer Wahl teilnahm, viel Geduld. Zehn Minuten hat die Stimmabgabe je Wähler im Schnitt gedauert. Doch es herrschte größtenteils Ruhe vor den Wahllokalen. Die kongolesische Bevölkerung sieht in den Wahlen die einzigartige Chance, ihr Land ein Stück weit näher an Frieden und Stabilität heran zu führen. Das ist es, was die Kongolesen wollen.

Der Wahlausgang

Während der Urnengang Ende Juli noch ohne Zwischenfälle verlief, kam es seit Bekanntgabe des Ergebnisses am 20. August zu Unruhen. Im Rennen um die Präsidentschaft muss sich Amtsinhaber Kabila in einer Stichwahl dem früheren Rebellenführer Bemba stellen. Kabila verfehlte mit 44,81 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. Sein Vize Bemba landete mit 20,03 Prozent auf dem zweiten Platz. Entgegen den Erwartungen gelang es Kabila, vor allem die Wählerschaft im Osten des Landes und die junge kongolesische Bevölkerung zu erreichen. Bemba hingegen erzielte im Westen und in der Region Kinshasa die meisten Stimmen.

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit bei den Wahlen erzielte, müssen sich der Amtsinhaber und sein Herausforderer einer Stichwahl stellen. Als Datum für diese Stichwahl wurde von der unabhängigen kongolesischen Wahlkommission (CEI-RDC) der 29. Oktober 2006 festgelegt. Laut der im Februar 2006 verabschiedeten neuen Verfassung für die DR Kongo muss jedoch nach Artikel 71 die Stichwahl zwischen den Präsidentschaftskandidaten in einer Frist von 15 Tagen, also zwei Wochen nach Verkündigung des amtlichen Endergebnisses des ersten Wahlgangs durchgeführt werden.[xxxix] Demnach wäre eine Stichwahl zum 29.Oktober 2006 nicht verfassungskonform, da diese sieben Wochen nach dem in der Verfassung festgelegten Zeitpunkt liegen würde. Die Durchführung der Stichwahl im Oktober wird zwar dadurch sicher nicht gefährdet. Wohl aber könnte der Verweis auf diese verfassungsrechtliche Bestimmung eines der ersten Argumente des Wahlverlierers hinsichtlich der Anfechtung der Wahlen sein.

Die Unruhen nach dem ersten Wahlgang deuten bereits darauf hin, dass sich der künftige Wahlverlierer wohl kaum mit dem Ergebnis zufrieden geben wird. Im weiteren Wahlkampf muss daher mit einer gewaltsamen Polarisierung gerechnet werden, die den Demokratisierungsprozess des Landes erheblich gefährden könnte. Die persönlichen Befindlichkeiten zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten dürfen nun aber weder dem Demokratisierungsprozess noch dem Willen der kongolesischen Bevölkerung, der sich auch in der hohen Wahlbeteiligung von 70 Prozent gezeigt hat, entgegenstehen.[xl]

Fraglich ist, ob es der europäischen Einsatztruppe gelingt, auf einen konstruktiven Dialog zwischen Kabila und Bemba hinzuwirken, und dem bestehenden Gewaltpotenzial Einhalt zu gebieten. Denn Meinungsverschiedenheiten werden im Kongo gewöhnlich nicht allein mit Worten, sondern eher mit der Macht des Faktischen geregelt. In dieser heiklen Situation zwischen den Wahlen sind die EUFOR-Kräfte nun mehr verstärkt gefragt, dass unter den Präsidentschaftskandidaten Kabila und Bemba einem offenen gewaltsamen Konflikt kein Raum geboten wird. EUFOR RD Congo muss demnach nicht nur abschreckend, sondern auch deeskalierend wirken, also Stärke und Präsenz zeigen sowie Brandherde bereits im Keim ersticken.

Im Sinne einer glaubwürdigen und nachhaltigen Afrika-Politik kann die EU in letzter Konsequenz

kaum anders handeln, als das jetzige Mandat zu verlängern oder ein neues Mandat zu beschließen und neue Kontingente zu senden.

Zurückblickend muss erkennbar sein, dass EUFOR RD Congo nicht nur ein symbolischer Akt war, sondern das Land bei seiner friedlich demokratischen Entwicklung nach Jahrzehnten der Gewaltexzesse unterstützte.

(August 2006)

---

[i] Die Republik hieß zwischen 1971 und 1997 Zaïre. Von der DR Kongo ist die „Republik Kongo" mit der Hauptstadt Brazaville zu unterscheiden.

[ii] Ehrhart, Dr. Hans-Georg: In schwieriger Mission: Der EU-Militäreinsatz im Kongo, in: Hamburger Information, (2006), Nr. 38, S.1.

[iii] Die Demokratische Republik Kongo hieß von 1908 bis 1960 Belgisch-Kongo.

[iv] Strizek, Helmut: Das autoritäre Regime unter General Joseph Désiré Mobutu: Ein Symbol des Kalten Krieges, in: Wegweiser zur Geschichte. Demokratische Republik Kongo, hrsg. von Bernhard Chiari, Dieter H. Kollmer, Potsdam 2006, S. 54-57.

[v] http://www.imf.org/external/data.htm

[vi] Mobutus System wurde als „Klaugemeinschaft" – Kleptokratie bezeichnet. Dem Volk ging es schlecht, aber eine kleine exklusive Gruppe lebte in Saus und Braus.

[vii] Pabst, Martin: Der Kongo – Eine Konfliktanalyse, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, (2003),Nr. 4, S. 468/469.

[viii] Neben den Tutsi gehören die Hutu zu einer der drei großen ethnischen Gruppen in Ostafrika. Die Unterscheidung der drei Ethnien scheint eher künstlich, da es keine wesentlichen kulturellen und sprachlichen Unterschiede gibt. Die Zugehörigkeit zu einer der Gruppen entscheidet sicher eher am sozialen Status als an der Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe.

[ix] Interahamwe (=diejenigen, die zusammen halten; zusammen kämpfen) sind Hutu-Milizen, die zu erheblichem Teil an dem Völkermord 1994 in Ruanda verantwortlich waren und danach mit einem großen Teil der Hutu-Bevölkerung in das damalige Zaïre flüchteten.

[x] Prunier, Gérard: Rebel Movements and Proxy Warfare, Uganda, Sudan and the Congo (1986-1999), in: African Affairs, Jg. 103, Nr. 412, 2004, S. 359-383.

[xi] Seit 1967 nennt sich die ruandisch-sprachige Tutsi-Bevölkerung in der kongolesischen Provinz Süd-Kivu Banyamulenge. Neben Banyamulenge existieren im Kongo noch die Banyarwanda, die ebenfalls ruandische Wurzeln haben.

[xii] Johnson, Dominic: Von der Diktatur zum Staatszerfall. Die Geschichte des Kongokrieges, in: Weltmission heute, (2004), 55, S. 82.

[xiii] Tull, Denis M.: Das Kriegsgeschehen in Kongo seit 1994, in: Wegweiser zur Geschichte, S. 73.

[xiv] Linden, Boris: Kriegstypen im Kongokonflikt (Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik), (2006), 13, S. 27, http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/downloads/linden02.pdf

[xv] Tull, Denis M.: Das Kriegsgeschehen in Kongo seit 1994, S. 75/76.

[xvi] Linden, Boris: Kriegstypen im Kongokonflikt, S. 28.

[xvii] Human Rights Watch: What Kabila is hiding. Civilian Killings and Impunity in Congo, Vol.9, No. 5 (A), 1997.

[xviii] Thielke, Thilo: Kongo. Der vergessene Krieg, in: Der Spiegel vom 31.01.2005.

[xix] US UN Press Release #12 (00), 24. Januar 2000; http://www.un.int/usa/00_012.htm.

[xx] Mbeki (geb. 1942) ist seit 1999 Staatspräsident von Südafrika.

[xxi] Mit 17 000 UN-Blauhelmsoldaten ist die MONUC die derzeit weltweit größte UN-Mission.

[xxii] Im Kongo im Sinne einer staatlichen Zersplitterung des Staatsgebietes der Demokratischen Republik Kongo vgl. die Entwicklung auf der Balkanhalbinsel in Südosteuropa, daher auch der Name Balkanisierung.

[xxiii] Tull, Denis M.: Der Transitionsprozess in der Demokratischen Republik Kongo: eine Zwischenbilanz vor den Wahlen, in: Humanitäres Völkerrecht, (2006), 1, S. 5.

[xxiv] Mair, Dr. Stefan: Weniger Altruismus, mehr Engagement. Doch wie genau soll ein solches Engagement aussehen?, in: Internationale Politik- Zukunftskontinent Afrika, April 2006, Nr. 4, S. 38.

[xxv] The Crisis States Research Centre defines a "failed state" as a condition of "state collapse" – e.g. a state that can no longer perform its basic security, and development functions and that has no effective control over its territory and borders. A failed state is one that can no longer reproduce the conditions for its own existence.

[xxvi] Nach dem gleichnamigen Buchtitel „The heart of darkness" von Joseph Conrad aus dem Jahr 1902.

[xxvii] Dieterich, Johannes: Ein Land wird ausgeplündert. Der Kongo ist reich an Bodenschätzen- doch die Erträge kommen der Bevölkerung kaum zugute, in: Frankfurter Rundschau, 28.06.006.

[xxviii] Vgl.: Karich, Christoph: Von Cabina nach Katanga. Eine fiktive Flussreise durch die Demokratische Republik Kongo, in: Europäische Sicherheit, 8/2006, S. 32.

[xxix] Vgl.: Labuhn, Wolfgang: Heikle Mission. Einsatz der Bundeswehr im Kongo, in: Deutschlandfunk, 24. Juli 2006.

[xxx] Vgl: Müller, Ingrid: Bundeswehr im Kongo. Im Dschungel der Erkenntnis, in: Der Tagesspiegel, 31.07.2006.

[xxxi] Vgl: Löwenstein, Stephan: Strippenzieher auf dem Schleudersitz. Warum die interne Kritik an Verteidigungsminister Jung wächst, in: FAZ, 17.03.2006.

[xxxii] Hellmann, Gunther: Deutschland in Europa: eine symbiotische Beziehung, in: APUZ B48 (2002).

[xxxiii] *Battle Groups* (dt. mobile Kampfverbände)-Konzept der Europäischen Union von 2004. *Battle Groups* umfassen je circa 1.500 Soldaten und sollen schnell ins Einsatzgebiet, vor allem nach Afrika, verlegbar sein. Dort sollen sie die Lage mindestens für 30 Tage (mit der Option auf Verlängerung bis zu 120 Tagen) stabilisieren bis genügend andere militärische Kräfte vor Ort sind. „Full Operational Capability" soll 2007 erreicht sein.

[xxxiv] Pflüger, Tobias: Kongo-Militäreinsatz. Es geht um EU-Interessen, W&F, 3/06, S.63-64.

[xxxv] Klaus Naumann ist Generalinspekteur der Bundeswehr a.D. und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses a.D.

[xxxvi] Pflüger, Tobias: ebd.

[xxxvii] Scheen, Thomas: Der Selbstmord der UDPS. Wie sich die größte Partei Kongos um alle Chancen bei den Wahlen brachte, in: FAZ, 21.07.2006.

[xxxviii] Vgl: Ehlert, Stefan: Wählen allein schafft keinen neuen Kongo, in: Berliner Zeitung, 31.07.2006.

[xxxix] Vgl. Offizielle Homepage des Präsidenten der DR Kongo http://www.presidentrdc.cd/constitution.html.

[xl] Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 22.08.2006 http://ec.europa.eu/comm/commission_barroso/michel/speeches/docs/speeches/2006/lm_decla_21082006.pdf#zoom=100.